

STADTREDAKTION HEIDELBERG

So erreichen Sie uns:

Tel.: 0 62 21 - 519 56 00
Fax: 0 62 21 - 519 956 00

E-Mail: stadredaktion@rnz.de

Geldsegen für Amerikanisten

Graduiertenkolleg erhält
4,3 Millionen Euro

RNZ. „Autorität und Vertrauen in der Amerikanischen Kultur, Gesellschaft, Geschichte und Politik“ – so lautet der Titel eines Graduiertenkollegs der interdisziplinären Amerika-Studien, das sich jetzt über einen erneuten Geldsegen freuen kann. Für einen Zeitraum von viereinhalb Jahren hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) Fördermittel in Höhe von rund 4,3 Millionen Euro bewilligt. Es ist bereits die zweite erfolgreiche Förderperiode.

Das Kolleg ist am Heidelberg Center for American Studies angesiedelt und wird von zehn Forscherinnen und Forschern aus der Geografie, der Geschichte, der Religionsgeschichte, der Philosophie, den Literatur- und Kultur- sowie Politik- und Wirtschaftswissenschaften getragen. Im Mittelpunkt stehen Entstehung und Wandel von Autorität in Staat, Zivilgesellschaft, sozialen Institutionen, urbanen Räumen, Kultur und Religion ebenso wie Vertrauenskonstellationen innerhalb des Landes sowie in transatlantischen Beziehungen.

Junge Mutter opfert sich auf

Fall 12 der Weihnachtsaktion



os. Schon bisher war das Leben von Frau T. mit einem immer unverträglicher gewordenen Mann und zwei kleinen Kindern nicht einfach. Jetzt, nach der Trennung von ihm, lebt die Familie wieder auf, doch haben sich neue Sorgen ergeben, nämlich finanzieller Art. Durch die Trennung und den damit notwendig gewordenen Umzug in eine andere Wohnung sind größere Belastungen entstanden, die die junge Frau mit ihrem nur geringfügigen Einkommen aus einem Job im Niedriglohnsektor kaum auffangen kann. Familiäre Hilfe gibt es auch nicht; im Gegenteil betreut Frau T. nun schon seit mehreren Jahren fast jedes Wochenende und teilweise in den Ferien die beiden Kinder ihres psychisch kranken Bruders. Selbstverständlich ist für sie, dass diese Kinder auch die Weihnachtsfeiertage bei ihr und den eigenen Kindern verbringen. Ihnen will sie ein schönes Fest bereiten und sie mit ein paar Geschenken überraschen. Gelingen könnte dies mit einer Unterstützung aus dem RNZ-Spendentopf.

Info: Spenden erbitten wir auf das Konto „RNZ-Weihnachtsaktion 2021“ bei der Sparkasse Heidelberg, IBAN: DE20 6725 0020 0000 0010 07, BIC: SOLADES1HDB.

Die Mönche wollen nicht zahlen

Architekturbüro verklagt Verein der Benediktiner-Abtei Neuburg – 50 000 Euro soll der „Masterplan“ für das Kloster kosten

Von Jonas Labrenz

Abt Winfried hatte Großes vor mit dem Kloster Stift Neuburg. Um Investoren für seine Pläne zu finden, hat er ein Architekturbüro aus der Nähe von Fulda mit einem Masterplan beauftragt – die Rechnung über 50 000 Euro wollen die Mönche allerdings nicht bezahlen. Seit zwei Jahren – der Abt wurde 2018 abgesetzt – streiten Architekten und der Verein der Benediktiner-Abtei Neuburg vor dem Heidelberger Landgericht um das Honorar. Jetzt könnte das Verfahren bald zu Ende gehen: Am Donnerstag trafen die Anwälte und der Verwaltungsleiter des Klosters, Ronei Caloni, im Gerichtssaal von Richter Reinhard Dold wieder aufeinander.

Die Mönche hatten zuletzt behauptet, der Masterplan sei mangelhaft. Ein Gutachten von Felix Waechter, Architekturprofessor an der Technischen Universität Darmstadt, kommt zu einem anderen Schluss: In einem Masterplan müsse nicht alles abschließend geklärt sein. Das Konzept für das Kloster weise also keine Mängel auf. Die Benediktiner sehen das jedoch anders. „Das können wir beim besten Willen nicht erkennen“, sagte Kloster-Anwalt Georg Sturmberg. Der Masterplan wolle viele tragende Elemente entfernen oder verändern – etwa auch Treppenhäuser. „Das ist eine völlige Utopie“, so Sturmberg – und ginge völlig an den Interessen der Mönche vorbei. Wenn ein Architekt einen „sehr abstrakten und nicht realisierbaren“ Masterplan vorlegen und dafür Geld verlangen könne, „dann kann ich einem Bauherrn ja alles vorlegen“, so Sturmberg.

Klosterverwalter Caloni kritisierte ebenfalls den Masterplan und damit das Gutachten. Die Statik stimme nicht und der ehemalige Abt habe mit dem Masterplan ja Investoren anwerben wollen. „Damit würden wir Dinge verkaufen, die wir nicht bauen können“, so Caloni. Und neben der Statik sei auch der Denkmalschutz ein wichtiges Thema.



Stift Neuburg im Herbst. Abt Winfried wurde schon vor drei Jahren aus dem Amt entfernt. Seitdem streiten die Benediktiner und ein Architekturbüro um das Honorar für einen Masterplan, den der ehemalige Vorsteher des Klosters in Auftrag gegeben hatte. Foto: Rothe

„Die Beklagte kommt nicht darüber hinweg, dass sie einen geschäftsfähigen Abt hatte“, sagte dagegen Heike Rath, Anwältin der Architekten. Ursprünglich hatten die Mönche erklärt, nicht zahlen zu wollen, weil der Vertrag zwischen dem Kloster und den Architekten gar nicht zustande gekommen sei. Sie hatten behauptet, Abt Winfried sei nicht geschäftsfähig gewesen. Ein Gutachten hatte die Zweifel daran allerdings ausgeräumt: „Das Gericht geht davon aus, dass er geschäftsfähig war“, so Richter Dold. „Da hat das Gericht keine Bedenken.“ Darin sind sich

auch die Parteien mittlerweile einig. Auch dass der Vertrag zustande gekommen ist, obwohl es nichts Schriftliches gibt, „was ganz ungewöhnlich ist in Kirchenkreisen“, wie Sturmberg sagte.

Den Mönchen bleibt also nur noch die Hoffnung darauf, dass Richter Dold Zweifel am Waechter-Gutachten zum Masterplan hat. „Sie haben einen Auftrag erteilt und den hat Herr Waechter nicht erfüllt“, sagte Kloster-Anwalt Sturmberg zu Richter Dold. Ein Gutachten müsse ja nicht immer lang sein, aber Waechter habe viele Kritikpunkte

gar nicht diskutiert. „Das ist aus unserer Sicht tendenziös.“ Sturmberg will den Sachverständigen nun entweder als Zeugen hören oder ein Gutachten eines anderen Architekten.

Wie Richter Dold nun weiter verfährt, gibt er in zwei Wochen bekannt. Er könnte das Waechter-Gutachten für ausreichend halten – dann wäre der Fall „urteilsreif“. Dold könnte den Gutachter allerdings auch vorladen, wenn er selbst noch Fragen hat – oder ein neues Gutachten in Auftrag geben. Dann würde sich der Prozess noch lange hinziehen.

Ein ganz besonderes RNZ-Forum

Am Dienstag tauschen sich Corona-Experten und Politiker über den Ernst der Lage aus – Ohne Publikum

RNZ. Ingo Autenrieth ist die Enttäuschung deutlich anzuhören: „Ich hatte mich so gefreut auf diesen Abend.“ Die RNZ sich natürlich auch. Aber die aktuelle Coronalamage, die zunehmende Zahl an Neuinfektionen, der sich anbahnende Notstand an den Kliniken – all diese Negativnachrichten führten dazu, dass das für Dienstagabend geplante RNZ-Forum mit Prof. Autenrieth, dem Chef des Heidelberger Universitätsklinikums, nicht in der ursprünglich geplanten Form stattfinden kann.

Die Gründe dafür sind einleuchtend: „Normalerweise haben wir immer ein Wohlfühlklima im Theater, und dann kommt auch viel Menschliches zur Sprache“, sagt RNZ-Chefredakteur Klaus Welzel. „Aber wie soll das gehen, wenn ein gesundheitlich so relevantes Thema wie Corona alles beherrscht?“ Und könnte eine solche Veranstaltung nicht auch missverstanden werden angesichts von 200 Coronatoten am Tag? Ja, schon.

Schweren Herzens entschieden Autenrieth und Welzel deshalb, ihr Zweiergespräch auf das kommende Jahr zu verlegen. Der Chefredakteur: „Es tut mir vor allem leid um die vielen Leserinnen und Leser, die sich bereits angemeldet hatten.“ Sie alle werden nun angeschrieben.

Was aber in dieser Situation noch wichtiger ist: Am Dienstag treffen sich stattdessen Vertreter des Uniklinikums, der Heidelberger Ärzteschaft, Heidelbergs Oberbürgermeister Eckart Würzner und der Landrat des Rhein-Neckar-Kreises Stefan Dallinger, um über den Ernst der derzeitigen Coronalamage zu informieren und zu diskutieren. Diese RNZ-Veranstaltung ist allerdings nicht öffentlich – findet also ohne Zuschauer statt. Wir werden jedoch ausführlich über die Ergebnisse des Treffens berichten.

Für Prof. Autenrieth ist wichtig, dass gerade in der wieder angespannten epidemischen Lage das Signal ausgeht, dass „alle in dieser Sache wichtigen Institu-

tionen an einem Strang ziehen“. Mit diesem Erfolgsmodell hatten die verschiedenen Akteure in der Region die bisherige Coronakrise gut gemeistert.

Zugesagt für dieses ganz besondere RNZ-Forum haben bereits:

- > Prof. Dr. Ingo Autenrieth, Leitender Ärztlicher Direktor und Vorstandsvorsitzender des Universitätsklinikums
- > Edgar Reisch, Pflegedirektor des Uniklinikums und Vorstandsmitglied
- > Prof. Dr. Jürgen Bauer, Ärztlicher Direktor des Agaplesion Bethanien Krankenhauses Heidelberg und Leiter des Geriatrischen Zentrums der Universität
- > Prof. Dr. Joachim Szezensyi, Ärztlicher Direktor der Abteilung Allgemeinmedizin am Universitätsklinikum
- > Dr. Albertus Arends, Sprecher der Heidelberger Hausärzte
- > Prof. Dr. Eckart Würzner, Heidelbergs Oberbürgermeister
- > Stefan Dallinger, Landrat des Rhein-Neckar-Kreises

Eintauchen in wichtige Epochen

RNZ. Was für eine Art von Kreatur ist der Mensch? Der Bestsellerautor, Ethiker, Tierarzt und Anwalt Charles Foster hat sich auf eine eindrucksvolle Erkundung von drei entscheidenden Epochen der Entwicklung des menschlichen Bewusstseins begeben, um dies herauszufinden. In den Wäldern Englands jagte und sammelte er wie ein Cromagnon-Mensch vor mehr als 40 000 Jahren. Er lebte in einer rekonstruierten Siedlung aus dem Neolithikum, der Zeit, als die Menschen sesshaft wurden. Er besichtigte Colleges und Kunstgalerien, um das Zeitalter der Aufklärung nachzuerleben. Nun lässt er das Publikum im Deutsch-Amerikanischen Institut (DAI), Sofienstraße 12, am Mittwoch, 17. November, um 20 Uhr an seinen Erfahrungen teilhaben. Der Vortrag findet in englischer Sprache statt.



Charles Foster
Foto: DAI

Stiefkind Patrick-Henry-Village

Noch gehört das ehemalige US-Areal zu Kirchheim – Trotzdem fremdelt der Bezirksbeirat mit dem zukünftigen neuen Stadtteil – Mehrheit für Ankunfts-Zentrum

Von Steffen Blatt

Auch wenn Patrick-Henry-Village (PHV) einmal ein eigener Stadtteil wird – noch gehört die rund 100 Hektar große ehemalige US-Fläche zu Kirchheim. Somit berät auch der Bezirksbeirat dieses Stadtteils über die Belange des Areals. Dass sich das Gremium damit hin und wieder schwertut, war bei seiner Sitzung am Freitagabend zu beobachten.

„Warum beschäftigen wir uns eigentlich noch mit PHV?“, fragte Fritz Engbarth-Schuff (Grüne) an einer Stelle. Da ging es gerade um den Bericht zur Einrichtung eines Stadtteilmanagements – ein Vorhaben, das den meisten Kirchheimer herzlich egal sein dürfte, es sei denn, sie tragen sich mit dem Gedanken, als „Pioniere“ nach PHV zu ziehen. Den Hinweis von Peter Hoffmann vom Amt für Stadtentwicklung, dass bei den neuen Quartieren Bahnstadt und Südstadt ebenfalls zunächst der „Nachbar-Bezirksbeirat“ zuständig gewesen sei, bis ein eigenes Gremium eingerichtet wurde, ließ Engbarth-Schuff nicht gelten. Dort gebe es eine direkte räumliche Verbindung und damit ein Interesse an der Entwicklung, wie sie bei PHV eben nicht vorliege.

Da nun aber noch niemand dort wohnt, sind es eben die Kirchheimer Bezirks-



Hier im Nordosten von Patrick-Henry-Village soll nach Plänen des Architekturbüros KCAP zumindest ein Teil des neuen Ankunfts-Zentrums gebaut werden. Foto: Philipp Rothe

beiräte, welche die Stadtteil-Vertretung übernehmen müssen – und darum plädierte Imke Veit-Schirmer (Die Linke) auch dafür, das mit Verantwortungsbewusstsein zu tun.

Was die Bezirksbeiräte an PHV viel brennender interessiert als Stadtteilma-

nagement oder die Planung der ersten Wohnquartiere, wurde in der Sitzung ebenfalls deutlich: Welche Grenzen wird der neue Stadtteil einmal haben? Dieselben wie jetzt? Oder werden umliegende Siedlungen mit eingeschlossen, etwa die Kurpfalzhöfe? Dazu konnte Hoff-

mann jedoch nichts sagen, weil darüber noch nicht entschieden ist. Dieser Prozess soll im kommenden Jahr angestoßen werden, am Ende steht die formale Gründung des neuen Stadtteils. „Sie können gerne ein oder zwei Vertreter benennen, die eingeladen werden, wenn über die Konzeption dieses Prozesses beraten wird“, sagte Hoffmann, nachdem Bezirksbeirat Niklas Kretz (CDU) eindringlich gebeten hatte, die Menschen vor Ort nicht zu vergessen.

Größer war das Interesse, als es um das geplante Ankunfts-Zentrum für Geflüchtete ging, das nach dem Bürgerentscheid gegen das Areal Wolfsgärten nun in PHV errichtet werden soll. Vor allem wollten die Räte wissen, warum das nun plötzlich doch geht, nachdem vor dem Bürgerentscheid immer argumentiert worden war, dass der neue Stadtteil mit Ankunfts-Zentrum nicht funktionieren könne, weil damit die Größe der Wohn- und Gewerbeflächen unter eine kritische Marke fallen würde. „Meinungen können sich ändern, auch politische“, sagte dazu Stefan Rees vom Stadtplanungsamt trocken – führte dann aber auch Argumente an: Denn durch die Platzierung des Zentrums im Norden würden nur Gewerbeflächen und damit potenzielle Arbeitsplätze wegfallen. „Das könnte aber durch

die Angestellten im Ankunfts-Zentrum kompensiert werden.“ Darum stehe der jetzige Entwurf der großen Masterplan-Idee nicht entgegen.

Auch machen sich die Bezirksbeiräte Sorgen, dass die Ansiedlung des Ankunfts-Zentrums zu einer Erweiterung von PHV auf die Felder führen könnte. Hier gab Rees Entwarnung: Der Gemeinderat habe beschlossen, dass darüber frühestens 2030 nachgedacht werden dürfe, wenn die PHV-Entwicklung in den heutigen Grenzen abgeschlossen ist. „Daran müssen wir uns halten.“ Mit einer Mehrheit von sieben zu vier stimmte das Gremium am Ende für die Verortung des Ankunfts-Zentrums nach der derzeitigen Planung.

Die Verkehrsanbindung von PHV ist ein Thema, das die Kirchheimer direkt betrifft. So wurde etwa gefragt, wo und vor allem wann denn die Straßenbahn durch den neuen Stadtteil fahren wird. Rees' Antwort: „Eine Straßenbahn zu bauen, dauert.“ Denn auch wenn im Süden 2024 die ersten Bewohner einziehen sollen, wird es wohl 2026 oder noch später, bis die Straßenbahn kommt. Bis dahin wird der Stadtteil mit Bussen angebunden. Das Ankunfts-Zentrum im Norden bekommt zunächst wieder eine eigene Strecke in die Innenstadt – später kann es an die reguläre Buslinie angeschlossen werden.